STADT NORDEN

Protokoll

über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses (12/FiP/2013)

am 22.04.2013

im Sitzungszimmer des Rathauses, Am Markt 15, Norden

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 21.01.2013
0458/2013/1.1
7. Wiederbesetzungssperre, Haushaltskonsolidierung, Antrag der SPD-Fraktion vom 8.3.2013
0514/2013/1.3
8. Kontrakt 2016 - Haushaltssicherungskonzept
0525/2013/FB1
9. Dringlichkeitsanträge
10. Anfragen
11. Wünsche und Anregungen
12. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende eröffnet um 17.02 Uhr die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die frist- und formgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Beigeordneter Sikken (CDU) vertritt Rats Herrn Glumm (CDU). Ratsfrau Albers (Bündnis 90/Die Grünen) vertritt Ratsfrau Kolbe (Bündnis 90/Die Grünen).

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Die mit Schreiben vom 10.04.2013 bekannt gegebene Tagesordnung wird vom Finanz- und Personalausschuss einstimmig festgestellt.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Keine

zu 5 Bekanntgaben

Fachbereichsleiter Harms gibt bekannt, dass in Sachen „Vergabeordnung“ die Projektgruppe einen Entwurf fertig gestellt habe. Dieser werde noch abgeglichen mit Vergabeordnungen von Städten vergleichbarer Größenordnung. Die Verwaltung gehe davon aus, der Politik in der Ratssitzung vor der Sommerpause eine neue Vergabeordnung vorlegen zu können.

**zu 6 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 21.01.2013
0458/2013/1.1**

Sach- und Rechtslage:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt über die Genehmigung des Protokolls.

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

Das Protokoll wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	6
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	3

zu 7 **Wiederbesetzungssperre, Haushaltskonsolidierung, Antrag der SPD-Fraktion vom 8.3.2013
0514/2013/1.3**

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 8.3.2013 hat die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Norden beantragt, der Rat möge die sofortige Einrichtung einer Wiederbesetzungssperre beschließen. Zur Begründung wird ausgeführt: „Die Stadt Norden hat ein Haushaltssicherungskonzept bis zum 30.6.2013 zu verabschieden. Es ist darzustellen, wie und mit welchen Maßnahmen die Stadt Norden zur Haushaltskonsolidierung beiträgt. Die Einrichtung einer Wiederbesetzungssperre ist eine dieser Maßnahmen. Es muss künftig innerhalb der Verwaltung und den wirtschaftlichen Eigenbetrieben der Stadt Norden intensiv über alternative Maßnahmen nachgedacht werden.“

Es ist unbestritten, dass die Haushaltslage der Stadt Norden schwierig ist und vieler Anstrengungen bedarf, die Konsolidierung der Finanzen fortzusetzen. Hierbei war die Stadt Norden in der Vergangenheit erfolgreich und wird die Bemühungen auch weiterhin fortsetzen.

Die Verwaltung hat dazu ein Haushaltssicherungskonzept erarbeitet. Hierin wird die Verwaltung allerdings nicht den Vorschlag unterbreiten können, durch eine generelle und unbefristete Wiederbesetzungssperre einen Beitrag zu leisten. Die Gründe hierfür sind:

Auch die Stadt muss sich zunehmend als attraktiver Arbeitgeber präsentieren. Gute Rahmenbedingungen wie Familienfreundlichkeit, Gesundheitsmanagement und ein positives Arbeitgeberimage sind weiter auszubauen. Gerade in den Zeiten von Fachkräftemangel ist dies notwendig, um Personal zu gewinnen und auch im Betrieb zu halten. Wiederbesetzungssperren führen zwangsläufig zu erheblichen Arbeitsverdichtungen und mit den damit verbundenen Überlastungen in allen Bereichen. Gesundheitliche Einschränkungen und langfristige Erkrankungszeiten haben kostenintensive Folgen, die es zu vermeiden gilt. Weil die Wiederbesetzungssperre kein Nachrückverfahren zulässt, addieren sich die unterschiedlichen Negativfolgen in einem größeren Umfange. Wird z. B. ein frei werdender Arbeitsplatz nicht auf die Nachfolgerin oder den Nachfolger unmittelbar übergeben, treten Engpässe auf, die sehr häufig dann doch wieder zu einer späteren Zeit durch Personalstunden auszugleichen sind. Zu diesem späteren Zeitpunkt ist aber kein Wissenstransfer vom Vorgänger auf den Nachfolger mehr ausreichend möglich oder findet gar nicht mehr statt. Die Einarbeitung wird dann mit entsprechenden Einschränkungen in der Arbeitsabwicklung deutlich erschwert. Die Arbeitsqualität leidet und führt zu einer Einschränkung der Qualität bei den öffentlichen Dienstleistungen. Hingenommen werden können diese Einschränkungen regelmäßig nicht, denn es gilt, die Rechtmäßigkeit des gesamten Verwaltungshandelns in seinen unterschiedlichen Ausprägungen zu garantieren. Allgemein gesagt, ist eine Wiederbesetzungssperre nicht wirtschaftlich und schadet dem Ansehen der Stadt Norden.

Die Möglichkeit der Anordnung von Über- und Mehrarbeitsstunden ist hierbei auch keine Lösung, denn auch diese Stunden müssen letztlich bezahlt werden und sind vorher als Verbindlichkeiten gegenüber den Beschäftigten zu bilanzieren.

Abzulehnen ist eine generelle und unbefristete Wiederbesetzungssperre aber besonders dort, wo Rechtsvorschriften eine Mindestbesetzung verlangen. Dies ist in den Kindertagesstätten ausnahmslos der Fall.

Eine Wiederbesetzungssperre ist aber auch aus sozialpolitischen Gründen dann nicht anzustreben, wenn vornehmlich Mitarbeiterinnen in Elternzeit gehen. Diese Mitarbeiterinnen werden oftmals von jungen Frauen vertretungsweise ersetzt, die dadurch gute Berufschancen für den Einstieg oder Wiedereinstieg in den Beruf erhalten. Der sozialpolitische und beschäftigungspolitische Aspekt von Erziehungszeiten findet bei einer Wiederbesetzungssperre eine klare Einschränkung.

Die Praxis bei der Stadt Norden zeigt, dass im personalwirtschaftlichen Bereich flexibel zwischen der Personalverwaltung und den anderen Verwaltungsbereichen verantwortungsvoll gehandelt wird.

Eine Wiederbesetzungssperre mit der Folge fehlender Personalstunden kann nur ausgeglichen werden, wenn auch Aufgaben ganz oder teilweise in Wegfall geraten. Dies ist allerdings nur bei den freiwilligen Aufgaben möglich bei vorheriger entsprechender detaillierte Analyse.

Ratsfrau Feldmann (SPD) erklärt, dass die Angelegenheit geschoben werden solle. Die SPD-Fraktion wolle die Angelegenheit insgesamt, aber auch die Stellungnahme des Personrates noch ausführlich bewerten.

Beigeordneter Sikken (CDU) wünscht, die Angelegenheit in den nächsten Verwaltungsausschuss zu geben.

Ratsfrau Feldmann (SPD) erklärt sich für die SPD-Fraktion damit einverstanden.

Der Vorsitzende lässt über die geänderte Beschlussempfehlung abstimmen.

Der Finanz- und Personalausschuss gibt die Angelegenheit ohne Beschlussempfehlung weiter an den Verwaltungsausschuss.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 8 Kontrakt 2016 - Haushaltssicherungskonzept
0525/2013/FB1**

Kontrakt 2016

Haushaltssicherungskonzept

1. Allgemeine Finanzlage

Der Rat der Stadt Norden hat in seiner Sitzung am 07.02.2013 den Haushalt 2013 mit einem strukturellen Fehl 2013 in Höhe von rd. 3,4 Mio. Euro beschlossen. Das im ersten Entwurf des Haushalts 2013 ausgewiesene Fehl in Höhe von rd. 2,4 Mio. Euro hatte sich von einem Tag auf den anderen um rd. 1 Mio. Euro erhöht, weil die Stadt Norden nach Ausfertigung neuer Meßbescheide des Finanzamtes in 2013 erhebliche Gewerbesteuererstattungen für Vorjahre leisten muss.

Der Vorgang macht deutlich, dass die sogenannten „Einmaleffekte“ nicht nur, wie in der Vergangenheit so oft geschehen, für die Stadt Norden positives bewirken. Von daher ist es notwendig und richtig, bei der Aufstellung der Haushaltspläne auch zukünftig zurückhaltend und mit Vorsicht zu kalkulieren und zu planen.

Nicht Gegenstand des Haushaltsbeschlusses 2013 war ein Haushaltssicherungskonzept, dass in Abstimmung mit der Kommunalaufsichtsbehörde bis spätestens 30.06.2013 nachgereicht werden muss.

2. Haushaltsausgleichs- und Haushaltssicherungskonzept

Ein langfristig und dauerhaft ausgeglichener Haushalt zeigt die wirtschaftliche Leistungsfähig-

keit einer Kommune und sichert gleichzeitig die stetige Aufgabenerfüllung.

Dies muss auch das Ziel der Stadt Norden sein und zur Erreichung dieses Zieles muss das Sicherungskonzept dienen, d.h. es darf einerseits die positive Entwicklung der Stadt nicht in Frage stellen, muss aber andererseits durch intelligentes Sparen die Zukunftsfähigkeit gewährleisten.

Die strategische Haushaltskonsolidierung erfordert für eine nachhaltige Wirkung ein methodisches Vorgehen der zu beteiligenden Akteure und eine Steuerung des Prozesses; ein Zeitbedarf von bis zu 12 Monaten ist realistisch.

Unabhängig davon existiert die Prämisse, bereits kurzfristig wirkende Maßnahmen in einem Sofortpaket zu schnüren und zu beschließen.

Es empfiehlt sich daher ein duales Vorgehen mit einem Sofort-Maßnahmen-paket und einem strategischen Konsolidierungskonzept; letztendlich zusammengefügt im Kontrakt 2016 (2014-2016). Grundsätzlich haben sich die in der Vergangenheit beschlossenen und geschlossenen Kontrakte bewährt. Die Aktionszeit ist genau wie das Ziel ausgeglichener Haushalte mittelfristig anzulegen und damit auf die Dauer der aktuellen Wahlperiode synchronisiert (Kontrakt 2016, Laufzeit 2014-2016).

3. Sofort-Maßnahmenpaket

3.1 Ergebnishaushalt

Ermittlung des Defizits (Jahresergebnisse)

Der kurzfristige Konsolidierungsbedarf hängt nicht zuletzt von den Ergebnissen der Vorjahre ab.

Aus den Vorjahren bestehen noch Defizite in Höhe von 342.849,86 Euro (Ergebnis 2010), 1.497.480,00 Euro (Plan 2011) und 2.196.590,00 Euro (Plan 2012).

Da zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Haushalt 2013 der Jahresabschluss 2011 noch nicht vorlag und auch für 2012 eine belastbare Berechnungsgröße nicht gegeben war, gilt es zunächst die aktuelle Situation darzustellen.

Die Tabelle auf der Folgeseite gibt die Haushaltsentwicklung der Jahre 2008-2013 wieder.

HH-Jahr	Erträge Gesamt Euro	Aufwendungen Gesamt Euro	Plan-Differenz Euro	Ergebnisdifferenz Euro	Ergebnisvortrag (kumuliert) Euro
2008	30.748.000	30.748.000	0	+2.992.167,93	0,00
2009	32.514.400	32.514.400	0	+348.155,15	0,00
2010	29.697.700	32.865.150	-3.167.450	-342.849,86	-342.849,86
2011	32.493.500	33.990.980	-1.497.480	*+2.012.394,27	**+1.624.237,90

2012	35.541.700	37.738.298	-2.196.590	***+1.000.000	+2.624.237,90
2013	35.762.710	39.162.410	-3.399.700	-775.462,10	

* vorbehaltlich Prüfung durch das RPA

** einschl. Abdeckung Fehlbetrag BBH 2009 in Höhe von 45.306,51 Euro

*** vorläufige belastbare Rechnung

Anstelle der erwarteten Defizite kann ein außerordentlich erfreulicher Jahresabschluss 2011 festgestellt werden. Die wesentlichen Ursachen sind in der Anlage 1 gelistet. Darüber hinaus darf nach einer vorläufigen Berechnung für 2012 ebenfalls mit einem Überschuss, voraussichtlich in Höhe von 1.000.000,00 Euro gerechnet werden.

Mit dem erzielten Überschuss 2011 wird das im Jahresabschluss 2010 ausgewiesene Restdefizit in Höhe von 342.849,86 Euro, der in der Eröffnungsbilanz ausgewiesene Fehlbetrag des Baubetriebshofes im Jahr 2009 in Höhe von 45.306,51, sowie der defizitäre Haushalt 2011 im Ergebnis ausgeglichen. Der verbleibende Überschuss in Höhe von 1.624.237,90 Euro fließt in die Überschussrücklage.

Der Jahresabschluss 2012 liegt noch nicht vor. Als belastbare Rechengröße für die Haushaltssicherung darf von einem Überschuss in Höhe von 1.000.000,00 Euro ausgegangen werden. Kumuliert stehen somit 2.624.237,90 Euro als Deckungsmittel für das Haushaltsdefizit von 3,4 Mio. Euro in der Überschussrücklage zur Verfügung. In den Haushaltsplänen- und Satzungen der Jahre 2010-2013 bleiben die Defizite zunächst bestehen, werden aber bei den Jahresabschlussarbeiten durch entsprechende Umbuchungen aus der Überschussrücklage zum Ausgleich bzw. zur Reduzierung gebracht.

Bei dieser Vorgehensweise verbleibt im Ergebnis des Jahres 2013 voraussichtlich ein Defizit in Höhe von rd. 775.000,00 Euro.

Sparbeiträge aller Produkte

Da der strategische Konsolidierungsansatz erst für die Haushalte 2014-2016 greifen kann (siehe Ausführungen zu Ziffer 2) ist die weitere Reduzierung des Defizits in 2013 noch einmal mit einer pauschalen prozentualen Kürzung für alle Produkte verbunden.

Als maximal noch zu realisierende pauschalierte Sparquote wird ein Betrag von 250.000,00 Euro angesetzt. Die Kosten eines Produktes (ohne Abschreibungen) werden in diesem Verfahren prozentual ins Verhältnis zu den Kosten aller Produkte gesetzt und so der Sparquotient für das einzelne Produkt ermittelt. Die Sparbeiträge der einzelnen Produkte sind der Aufstellung Anlage 2 zu entnehmen.

Zwischenergebnis: Es wird vereinbart, dass der Sparbeitrag der Produkte 250.000,00 Euro beträgt. Entsprechende Haushaltssperren sind anzubringen.

Personalstellen

Gegenstand der vorangegangenen Kontrakte war die Deckelung der Planstellen auf 240. Im Wesentlichen wurde das Ziel in den zurückliegenden Jahren erreicht, im Stellenplan 2013 sind 240,4 Planstellen ausgewiesen. Da im Planungszeitraum 2009-2013 für den Sozial- und Bildungsbereich 9 zusätzliche Planstellen geschaffen wurden musste in anderen Bereichen zur Einhaltung des Konsolidierungsziels eine entsprechende Anzahl von Stellen eingespart werden; besonders betroffen war die allgemeine Verwaltung.

Eine darüberhinausgehende Reduzierung kann nur im Rahmen der strategischen Haushaltskonsolidierung in Verbindung mit einer Aufgabenkritik erfolgreich sein.

Eine Wiederbesetzungssperre wird in Anbetracht der Altersstruktur der Belegschaft und der deshalb notwendigen kontinuierlichen Verjüngung durch Nachwuchskräfte außerordentlich kritisch gesehen. Bei dem bereits gegenwärtigen Wettbewerb um junge leistungsstarke Fach-

kräfte wird eine Wiederbesetzungssperre zudem die Leistungsfähigkeit der Verwaltung nachhaltig gefährden. Die in der Produktverantwortung stehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung werden ohne verlässliche personelle Ressourcen den Leistungserstellungsprozess nicht mehr gewährleisten können. Im Ergebnis ist eine Wiederbesetzungssperre das falsche Signal an die Kunden des kommunalen Dienstleisters Stadt Norden.

Im Übrigen verfügen die politischen Gremien bereits über ausreichende Instrumente (Freigabe für Wiederbesetzungen), um einen ggf. gewünschten konsolidierenden Einfluss im Einzelfall ausüben zu können. Es besteht außerdem eine vierteljährliche Berichtspflicht über erfolgte Personalmaßnahmen.

Denkbare Beiträge zur Konsolidierung:

- Grundsätzlicher Verzicht auf die Einrichtung neuer Stellen in der Verwaltung und in den Betrieben. Gesetzlich vorgeschriebene personelle Mindestausstattungen müssen jedoch beachtet werden. Im Übrigen muss es möglich sein, Ausnahmen durch einen Verwaltungsausschussbeschluss zuzulassen. Der Mehraufwand ist im jeweiligen Teilbudget bzw. Wirtschaftsplan aufzufangen.
- Wiederbesetzung vorhandener Stellen nur nach Freigabe durch den Verwaltungsausschuss. Stelleneinsparungen bzw. Einsparungen von Stellenanteilen sind intensiv zu prüfen. Teilzeit- und Job-Sharing-Angebote werden weiterhin forciert (Parallelziel Vereinbarung von Familie und Beruf fördern).
- Die Personalaufwendungen werden bis einschl. 2016 auf den Stand Haushaltsansatz 2013 eingefroren; gesetzliche und tarifrechtliche Änderungen sind hiervon unberührt.

3.2 Finanzhaushalt

Begrenzung der Kreditemächtigung

Der ursprüngliche Haushaltsentwurf 2013 sah eine Kreditaufnahme in Höhe von 3,3 Mio. Euro vor. In Gesprächen mit der Kommunalaufsicht wurde frühzeitig deutlich, dass eine Genehmigungsfähigkeit in diesem Umfang sehr kritisch gesehen wurde.

Als konsolidierende Maßnahme wurde deshalb eine deutliche Reduzierung der Kreditaufnahme auf 2,4 Mio. Euro beschlossen. Eine Orientierungsgröße für die Kredithöhe war und soll zukünftig auch sein, die Höhe des jährlichen Werteverzehrs. Ergänzt um die Eigenmittel würde damit auch in den kommenden Jahren eine Investitionssumme bereit gestellt werden können, die trotz des notwendigen Haushaltssicherungskonzepts die dringend notwendigen Investitionen ermöglichen und somit eine Weiterentwicklung der Stadt gewährleisten würde.

Die unter Berücksichtigung der Haushaltssicherung zulässige Kreditaufnahme stellt sich wie folgt dar:

2013: 2.402.500,00 Euro

2014: 2.255.000,00 Euro

2015: 2.207.000,00 Euro

2016: 2.158.000,00 Euro

Reduzierung des Kreditbedarfs 2013

Die im Rahmen der Haushaltsberatungen 2013 bereits auf 2.402.500,00 Euro reduzierte Kreditemächtigung wird in 2013 maximal in einer Höhe von 2.300.000,00 Euro in Anspruch genommen. Möglich wird die Einsparung durch den Einsatz von Haushaltsresten aus Vorjahren.

4. Kontrakt 2016 (Strategisches Haushaltssicherungskonzept)

Oberstes Ziel der strategischen Haushaltskonsolidierung muss es sein, in Jahren mit einer durchschnittlichen Ertragsituation bei den Allgemeinen Finanzen einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen und in den Jahren mit einer überdurchschnittlichen Ertragsituation Überschüsse für die Überschussrücklage als Ausgleichsmittel für unterdurchschnittliche Jahre zu bilden. Um die Leistungs- und damit die Gestaltungsfähigkeit der Stadt mittel- und langfristig zu gewährleisten sind im wesentlichen folgende Aktivitäten erforderlich:

Produktkritik (Aufgabenkritik)

Das aktuelle Leistungsangebot und die Leistungsstandards sind zu überprüfen. Im Einzelfall muss entschieden werden, ob eine Leistung auch weiterhin angeboten wird bzw. ob die Leistung seltener oder in geringerer Qualität als Angebot erhalten bleibt.

Prozessabläufe

Es wird zu prüfen sein, ob Prozessabläufe optimiert werden können und so eine Steigerung der Effizienz in der Aufgabenerfüllung erreicht werden kann. Die Maßnahme zielt darauf ab, das Verhältnis zwischen Input und Output zu verbessern.

Allgemeine Ertragsituation

Die Ertragsituation, insbesondere bei den Allgemeinen Finanzen ist zu prüfen, abzugleichen mit anderen Kommunen und ggf. zu synchronisieren. Neben den Faktoren „Leistungsangebot/Leistungsstandard“ und „Effizienzsteigerung“ muss die Ertragsanalyse hinzukommen, um eine ausgewogene Konsolidierungsbilanz zu erhalten.

Strategisch wird auch zu definieren sein, welches Anlagevermögen zur städtischen Aufgabenerfüllung mittel- und langfristig erforderlich ist oder ob es als Erlösposition den Kreditbedarf und damit die Verschuldung pro Kopf und den Zinsaufwand zu reduzieren hilft.

Zeitplan

Für die Gestaltung dieses Prozess ist ein Zeitrahmen von insgesamt 12 Monaten zu kalkulieren. Eine Zwischenbilanz mit verwertbaren Ergebnissen muss nach 6 Monaten zu den Haushaltsberatungen 2014 vorliegen. Die definierten Konsolidierungsmaßnahmen werden gemeinsam mit dem Haushalt 2014 im 1. Quartal 2014 als Haushaltssicherungskonzept zum Haushalt 2014 und Zielvereinbarung zwischen Rat und Bürgermeisterin beschlossen.

Projektbegleitung

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGST getragen von 1.770 Kommunen) begleitet strategische Haushaltskonsolidierungsprojekte mit Beratungsdienstleistungen. Da die Kapazitäten der KGST jedoch begrenzt sind, werden vorrangig solche Projekte begleitet, deren Thematik auch im Interesse anderer Kommunalverwaltungen liegt. Damit verfolgt die KGST das Ziel, aus der Beratung heraus in Absprache mit den begleiteten Kommunen Veröffentlichungen zu initiieren.

Für die Stadt Norden würde die KGST die Projektbegleitung übernehmen. Die KGST ist nicht gewinnorientiert. Ein diesbezügliches Angebot der KGST wird rechtzeitig vor der Beratungsfolge FiP-VA-Rat im Juni zur Verfügung stehen.

Die Bürgermeisterin erläutert, dass die Stadt meldepflichtig sei gegenüber dem Landkreis hinsichtlich einer kurzfristigen Konsolidierung bis zum 30.06.2013 und darüber hinaus ein langfristiges strategisches Konsolidierungskonzept zu entwickeln sei.

Fachbereichsleiter Harms gibt Auskunft über die Zeitschiene (Beratungsfolge), um der Politik ausreichend Gelegenheit zu geben, es in den Fraktionen zu beraten. Die Verwaltung biete an, unterstützend zu den Sitzungen der Fraktionen hinzu zu kommen. Die Verwaltung lege ein Sofort-Maßnahmenpaket zur Haushaltssicherung 2013 vor, wissend, dass dieses nicht ausreicht um langfristig ausgeglichene Haushalte zu bekommen. Dazu sei eine strategische Konsolidierung erforderlich.

Sodann erläutert er die Sitzungsvorlage. Er weist darauf hin, dass der Jahresabschluss für 2011 fertig sei, der noch vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises zu prüfen sei. Im Juni solle dieser dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Der Jahresabschluss 2012 werde für das 2. Halbjahr 2013 geplant, um künftig zeitnah nach Schluss des Haushaltsjahres wieder mit den Jahresabschlussarbeiten zu beginnen.

Fachdienstleiter Wiards erläutert die ausgewiesenen Verbesserungen bei den Erträgen und die Aufwendungen gemäß Anlage 1 der Sitzungsvorlage.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) möchte wissen, inwieweit Rückzahlungen/Nachzahlungen, die das Jahr 2011 betreffen, rückwirkend auf den Stichtag 31.12.2011 berücksichtigt werden.

Fachdienstleiter Wiards antwortet, dass diese aufgrund haushaltsrechtlicher Vorschriften zu dem Stichtag nicht berücksichtigt werden können. Sie werden in dem Jahr, in dem der Messbescheid vom Finanzamt erstellt werde, berücksichtigt.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) fragt nach, ob in der Position „Auflösung von Sonderposten“ außerordentliche Auflösungen enthalten seien.

Fachdienstleiter Wiards antwortet, dass die Sonderposten ab dem Zeitpunkt der Fertigstellung der Maßnahmen linear über die Dauer der Nutzung aufgelöst werden. Eine Aufstellung über die einzelnen Positionen könne der Politik nachgeliefert werden.

Fachbereichsleiter Harms führt weiter aus, dass der Jahresabschluss für 2011 und die Prognose für 2012, die finanziell für die Stadt sehr erfreulich seien, nichts daran änderten, dass die Haushalte selbst defizitär bleiben. Die Überschüsse 2011 könnten den Fehlbetrag aus dem Jahr 2010 ausgleichen und restlich einer Überschussrücklage zugeführt werden. Diese könnte für 2012 mit einem Überschuss von einer Million Euro weiter gefüllt werden. Wenn man diese Überschüsse für das Jahr 2013 einsetzte, verbliebe ein Defizit von 775.000 Euro.

Die Verwaltung wolle weitere 250.000 Euro einsparen, die man ausweislich der Anlage 2 der Sitzungsvorlage über alle Produkte der Stadt Norden anteilig verteilt habe. Beim Sofortmaßnahmenpaket bezüglich des Personalbestandes bewege sich die Stadtverwaltung seit vielen Jahren bei 240 Stellen. Eine Wiederbesetzungssperre sehe die Verwaltung kritisch. Bezüglich der Kreditemächtigungen im Finanzhaushalt schlage die Verwaltung vor, die Höhe künftig am Werteverzehr zu orientieren. Da der Haushalt 2014 voraussichtlich defizitär sein werde, sei nach den rechtlichen Vorschriften ein Haushaltskonsolidierungskonzept erforderlich. Sodann erläutert er die notwendigen Aktivitäten wie Produktkritik (Aufgabenkritik) und Prozessabläufe. Daneben weist er darauf hin, dass auch die allgemeine Ertragssituation betrachtet werden müsse, um die Haushaltskonsolidierung in ihrer Gesamtheit ausgeglichen zu gestalten. Außerdem erläutert er den Zeitplan und die Projektbegleitung durch die KGSt. Das Angebot der KGSt erwarte er im Monat Mai.

Die Bürgermeisterin erinnert hinsichtlich der Projektbegleitung an den Vortrag von Herrn Greskowiak, Leiter des Geschäftsbereichs Beratung der KGSt, in der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses am 09.07.2012. Das Angebot der KGSt von damals habe sie seinerzeit den Fraktionsvorsitzenden zukommen lassen. In dieser Woche werde das Angebot in abgespeckter Version auf die Verhältnisse der Stadt Norden zugeschnitten.

Ratsfrau Feldmann (SPD) möchte wissen, ob die pauschale prozentuale Kürzung bei den einzelnen Produkten ausreiche oder ob auch Einzelmaßnahmen von der Politik benannt werden müssten bzw. bei den freiwilligen Leistungen der Stadt Norden besondere Einsparungen durchgeführt werden müssen.

Fachbereichsleiter Harms antwortet, dass Einzelmaßnahmen und einzelne Produkte eine Rolle spielen könnten. Bei den freiwilligen Leistungen erkenne er summenmäßig kein besonderes Einsparpotential. Interessant sei es, über Themen nachzudenken, die die Stadt Norden in der

Summe strategisch weiter bringen.

Ratsfrau Albers (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass die pauschalierte Sparquote eine Möglichkeit sei, das Problem notwendiger Haushaltseinsparungen anzugehen. Gleichwohl werde dadurch deutlich, dass die größten Einsparpotentiale durch die Kindertagesstätten, die Sozialen Betriebe und die Grundschulen geleistet werden müssten. Sie frage sich, ob dies so gerechtfertigt sei und ob diese Einrichtungen auch in der Lage seien, diese Einsparungen vornehmen zu können oder ob die Politik die Einsparungen anders gewichten müsste.

Fachbereichsleiter Harms antwortet, dass er sicher sei, dass die Einsparungen bei den einzelnen Produkten –wie vorgeschlagen – geleistet werden können ohne dass es zu spürbaren Leistungsbeschränkungen komme.

Ratsherr Lütkehus (ZOB) erklärt, dass es hier um mittelfristige Konsolidierung gehe. Von einer langfristigen Konsolidierung könne noch keine Rede sein. Für 2012 habe die Stadt voraussichtlich einen Überschuss von 1 Mio. Euro. Ihm fehlten in der Darstellung die Zinersparnisse, weil die Stadt keine Kredite aufnehme. Zu Zeiten des Kontraktes 2007 und 2012 sei die Kreditaufnahme auf 70 bzw. 95 Prozent der ordentlichen Tilgung begrenzt gewesen, so dass die Stadt Norden sich regelmäßig entschuldet habe. Nun befürchte er, dass es mit dem Neukredit von 2,3 Mio. Euro zu einer Neuverschuldung komme, wenn man dauerhaft über die vorgenannten Grenzen hinweg gehe.

Fachbereichsleiter Harms antwortet, von der zunächst mittelfristig angelegten strategischen Haushaltskonsolidierung eine Wirkung zu erwarten, die zu einer langfristig besseren Haushaltslage führe. Für dieses Jahr erhalte die Stadt Norden vom Landkreis eine Ausnahmegenehmigung zum Haushalt 2013. Die Stadt benötige aufgrund ihres künftig defizitären Haushaltes ein strategisches Haushaltssicherungskonzept. Wie sich die Zinersparnisse summenmäßig darstellten, könne die Verwaltung nachliefern. Die Stadt benötige ein Mindestmaß an Investitionstätigkeit und politischer Handlungsfähigkeit, weshalb er die Möglichkeit der Kreditaufnahme für erforderlich halte.

Die Bürgermeisterin greift die Fragen der Ratsfrauen Feldmann und Albers auf, ob es zumutbar sei, diese Einschnitte in die Budgets vorzunehmen. Die Botschaft sei, dass die Budgets knapp seien, aber im Sinne eines ausgewogenen Haushaltssicherungskonzeptes es hierzu keine Alternative gebe. Die größten freiwilligen Leistungen seien unsere Kindertagesstätten, das Obdachlosenheim, die Unterstützung der Landesbühne, des Kunstkreises, um nur einige zu nennen. Diese Finanzierungen seien nicht verzichtbar, da sie die Daseinsvorsorge der Stadt Norden betreffen. Sie machten eine Stadt und das Zusammenleben der Menschen in dieser Stadt lebenswert. Man dürfe bei der Konsolidierung nicht vergessen, was eine Stadt zusammen halte und was notwendig sei, damit das soziale Miteinander in dieser Stadt funktionieren könne. Es mache in ihren Augen keinen Sinn, eine Stadt kaputt zu sparen, da sie ansonsten geistig und auch in ihrer Außenwirkung verarme.

Ratsherr Julius (CDU) pflichtet den Ausführungen der Bürgermeisterin bei. Bei den Straßensanierungen sollte man seiner Meinung nach nicht sparen. Bei den Personalaufwendungen halte er es für angebracht, diese auf dem Stand des Jahres 2013 einzufrieren. Der Halbsatz bei Ziffer 6. des Beschlussvorschlages „gesetzliche und tarifrechtliche Änderungen sind hiervon unberührt“ sollte gestrichen werden.

Fachbereichsleiter Harms sagt, dass der angesprochene Halbsatz bezüglich der Personalaufwendungen bewusst aufgenommen worden sei. Eine Streichung halte er für unrealistisch.

Ratsfrau Albers regt an, die Höhe der Kreditaufnahme weiterhin an der ordentlichen Tilgung zu orientieren und nicht an der Höhe des Werteverzehrs.

Fachbereichsleiter Harms weist darauf hin, dass bei einer jährlichen Tilgung der Schulden in

Höhe von 1 Mio. Euro die Kreditaufnahme bei einem Prozentsatz von 90 % der ordentlichen Tilgung sich auf einen Betrag von 900.000 Euro beliefe und damit in etwa die Hälfte des Investitionshaushaltes gestrichen werden müsste.

Ratsfrau Feldmann (SPD) fragt, inwieweit eine Liste der freiwilligen Ausgaben für die Haushaltsgenehmigung vorgelegt werden müsse.

Fachbereichsleiter Harms erläutert, dass diese nicht vorgelegt werden bräuchte. Die Kommunalaufsicht des Landkreises Aurich vertraue der Stadt Norden aufgrund der in den vergangenen Jahren immer eingehaltenen Zusagen. Deshalb erwarte die Stadt Norden bis Ende des Monats die Haushaltsgenehmigung. Bis zum 30.06.2013 benötige die Kommunalaufsicht des Landkreises Aurich vom Rat der Stadt Norden einen Beschluss in der Form, wie er in dieser Sitzungsvorlage als Beschlussvorschlag formuliert sei.

Die Bürgermeisterin spricht Ratsherrn Julius an und bittet zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hause, dass die Belastungsgrenze für viele erreicht sei. Die Verwaltung brauche von der Politik die Zusage, dass Tariferhöhungen nicht aufgefangen werden müssen. Sie bitte daher, den Halbsatz nicht zu streichen. Dieser Halbsatz sei auch in den vorgehenden Kontrakten enthalten gewesen und er werde auch vom Personalrat mitgetragen.

Vorsitzender Wimberg fasst zusammen, dass er davon ausgehe, dass heute nicht beschlossen werde und die Beratungen in den Fraktionen abgewartet werden sollen. Es gehe hier noch nicht um die strategische Haushaltssanierung.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) vertritt die Auffassung, dass Abschreibungen nicht durch Kredite aufgefangen werden dürfen.

Fachbereichsleiter Harms erläutert, dass bei der höchstmöglichen Kreditaufnahme nach einer Orientierungsgröße gesucht wurde. Der Werteverzehr (Abschreibungen) sei hier als Maßstab genommen worden.

Ratsherr Wäcken (SPD) spricht die Hinweise zur Ausgestaltung des Haushaltssicherungskonzeptes des Innenministeriums an und fragt, ob diese Hinweise noch gültig seien. Das vorgelegte Haushaltssicherungskonzept genüge nach seiner Auffassung diesen Hinweisen nicht. Bezüglich der Personalkosten unterstütze er voll und ganz die Auffassung der Bürgermeisterin. Er warne davor, die Regelungen bezüglich der Tariferhöhungen und die Erhöhungen nach Altersstufen außer Kraft zu setzen, da die Verwaltung ansonsten nur noch sich selbst verwalten könnte und es nicht mehr schaffe, eine Außenwirkung zu erreichen.

Fachbereichsleiter Harms antwortet, dass die Verwaltung die gesetzlichen Bestimmungen, die Ausführungsbestimmungen und auch den Erlass kenne, um ein konkretes Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. Da dieses Konzept in der knappen Zeit nicht erstellt werden könne und andererseits die Ergebnisse der Vorjahre erfreulich seien, sei von der Kommunalaufsicht akzeptiert worden, dass diese Form eines Beschlusses zur Haushaltskonsolidierung als erster Stepp ausreiche. Selbstverständlich müsse zum Jahr 2014 ein auf einen 3-Jahres-Zeitraum ausgelegtes rechtskonformes Haushaltssicherungskonzept vorgelegt werden.

Vorsitzender Wimberg fasst die Beratungen so zusammen, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung in die Fraktionen gegeben wird. Die Fraktionen sollten dabei die Fragen von Frau Albers und Herrn Wäcken und auch den Apell der Bürgermeisterin zu den Personalkosten berücksichtigen.

Ratsherr Lütkehus (ZoB) bittet die Verwaltung um eine kostenmäßige Aufstellung der Aufgaben, die die Stadt Norden insbesondere im Rahmen der Daseinsfürsorge freiwillig vom grundsätzlich zuständigen Landkreis Aurich übernommen habe.

Die Bürgermeisterin sagt zu, diese finanzielle Aufstellung der Politik zur Verfügung zu stellen.

Der Finanz- und Personalausschuss gibt die Angelegenheit zur Beratung zurück in die Fraktionen.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

zu 9 Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 10 Anfragen

Anfragen wurden nicht gestellt.

zu 11 Wünsche und Anregungen

Wünsche und Anregungen wurden nicht geäußert.

zu 12 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Vorsitzende schließt um 18.04 Uhr die Sitzung.

Der Vorsitzende

Die Bürgermeisterin

Der Protokollführer

- Wimberg -

- Schlag -

- Wilberts -